UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG BÜRGER FÜR BÜRGER WÜRSELEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG Würselen **Unabhängige Wählergemeinschaft**

Haushaltsrede zum Haushalt 2018

Meine sehr verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren der Verwaltung.

Zur Vereinfachung und zum besseren Verständnisses meiner Rede möchte ich auch in diesem Jahr, im Sinne aller Zuhörer, auf eine geschlechtergerechte Schreib – und Ausdrucksweise verzichten. Selbstverständlich richtet sich meine Ansprache an alle Würselener Bürger, - egal welchen Geschlechts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Glück ist bekanntermaßen mit dem Tüchtigen, - so lautet zumindest die Redewendung.

Wie sonst ist es zu erklären, daß wir noch bis zum 27.02.2018 einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt wegen erheblicher, ungedeckter Haushaltsposten vorliegen hatten und innerhalb einer Woche in der Lage sind, diesen Haushalt im letzten Moment auf den Kopf zu stellen. Eine kurze Chronologie.

Bis zum 22.02.2018 wurden nur geringe, ungedeckte Defizite des Haushalts der Stadt Würselen für die Jahre 2018 – 2021 ausgewiesen. Diese Defizite wurden mit dem überarbeiteten Grundschulkonzept, vorgelegt zur Sitzung des Bildungsausschusses am 22.02.2018, bei weitem überschritten und signalisierten indes keine besonders beruhigende Ausgangslage.

das Folgende aus Veränderg.sliste v. 21.02.18

Fehlten uns doch im konsumtiven Bereich für den Finanzzeitraum bis 2021 zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 380.000, - Euro. Für investive Maßnahmen benötigen wir für den gleichen Zeitraum sogar 3.086.800,- Euro zusätzlich. Dieser Betrag wird als weiteres Darlehen über den Kreditmarkt aufgenommen.

Dadurch wird sich die Summe der Darlehen, die zur Finanzierung von Projekten für die Jahre 2018 – 20121 benötigt wird, auf besorgniserregende 72.422.800,- Euro hochschrauben. Die UWG lehnt viele dieser Maßnahmen wegen der fehlenden Priorität und als zur Zeit nicht finanzierbar ab.

Durch das überarbeitete Grundschulkonzept bestand bis zum 27.02.2018 ein ungedecktes Minus von 1.124.600,- Euro. (s. Bildungsausschuß v. 22.02.18 Top 4) Um die Auflagen des Stärkungspaktes zu erfüllen, mußte hierfür zwingend eine Gegenfinanzierung vorgelegt werden. - 2 -

Doch es gab außer dem Hinweis auf drohende Steuererhöhungen von den politischen Mehrheitsfraktionen keine weiteren Lösungsvorschläge.
Mittlerweile gibt es seitens der politischen Verursacher dieser Situation unter anderem Vorschläge, um auf inflationäre Weise Baugebiete auszuweisen. Damit sollen über erwartete Verkaufserlöse für den Verkauf von städtischen Grundstücken Einnahmen zur Stärkung des Haushaltes erzielt werden. Ob die bereits jetzt schon überall im Stadtgebiet überlasteten Straßen es schaffen werden, die zusätzlichen Verkehre dieser Bauareale ohne gewaltige, erhebliche Belastungen für Mensch und Natur aufzunehmen, darf schon jetzt bezweifelt werden. Darüber hinaus würden durch eine stark wachsende Bevölkerung immense und nicht zu finanzierende Investitionen, zum Beispiel für den Bau von zusätzlichen Kindergärten und Schulplätzen, auf uns zukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte einmal auf die von uns abgelehnten Projekte zu sprechen kommen.

Die Befürworter aus SPD, CDU und FDP der in Würselen anstehenden Großprojekte, - wie zum Beispiel den Neubau einer Gesamtschule oder die Errichtung eines Sportzentrums an der Kauseneichsgasse, werden nicht müde, immer wieder zu betonen, daß man unbedingt alles versuchen sollte, die befürchteten Steuererhöhungen zur Finanzierung dieser Projekte zu vermeiden. Bis heute fehlen leider konkrete Vorschläge um Steuererhöhungen zu vermeiden.
Eine tiefe Überzeugung in der Finanzierbarkeit ihrer eigenen Beschlüsse sieht aus unserer Sicht anders aus.

Da wagt sich die FDP an dieser Stelle schon ganz anders aus der Deckung. Nach dem durchschlagenden Erfolg für die Umsetzung ihres Herzensanliegens, nämlich die Umwandlung eines Rasenplatzes in einen Kunstrasenplatz für den VFR, sah deren Welt schon anders aus. Alte Bedenken gegen die Finanzierbarkeit und die Eignung des Standortes für den Neubau einer Gesamtschule waren wie weggeblasen. Auch die für einige Vereine befürchteten vereinsgefährdenden Pläne, die ein Umzug in die neue Sportarena mit sich bringen würde, wurden zügig zur Seite gewischt.

Die FDP war sogar in der Lage, ihrem neuen SPD – Partner zukünftige Steuererhöhungen schmackhaft zu machen. Für notwendige Investitionen in den Bereichen Bildung und Betreuung sollten Steuererhöhungen bereits jetzt nicht mehr ausgeschlossen werden.
Dabei wird verschwiegen, daß die notwendigen Finanzmittel für ein gänzlich neues Sportkonzept incl. Sportzentrum in Höhe von ca. 21 Mio. €, dieses finanzielle Risiko, - nicht nur für den Bildungs – und Betreuungsbereich, erst wahrscheinlich gemacht haben.

Statt dessen wird nun allen, die sich wegen der oben genannten Ausganslage gegen erforderliche Steuererhöhungen für Bildung und Betreuung aussprechen, mit aller Macht ein schlechtes Gewissen eingeredet. Die Vorhaltungen die damit einhergehen würden, höre ich jetzt schon.

Ursachenbenennung für sich ergebende Steuererhöhungen sieht aus unserer Sicht aber vollkommen anders aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die UWG hätte sich zum jetzigen Zeitpunkt und mit Blick auf den für alle Bürger mitzufinanzierenden Haushalt, gerne auf ein Sportstättenkonzept für Broichweiden und Linden – Neusen beschränkt. Die dringende Ertüchtigung der Sporthalle am Gymnasium hätten wir auch gerne zeitnah umgesetzt und die damit verbundenen Maßnahmen nicht erst auf Mitte bis Ende 2019 geschoben, Es ist fraglich, ob dieses Vorhaben bis dahin mit den veranschlagten Mitteln überhaupt noch finanzierbar ist.

Zeitgleich wurden aber durch dieselben politischen Mehrheiten weitere kostenträchtige Beschlüsse gefaßt. Hierdurch wurden alle Sparbemühungen der letzten Jahre auf Messers Schneide gestellt. Deren Finanzierung ist zwar bis 2021 zumindest rechnerisch so gerade gesichert. Sie werden uns aber spätestens ab 2021 in arge Nöte bringen.

Zu dem neuen Sportstättenkonzept gesellt sich eine ähnlich spektakuläre Maßnahme hinzu. Dieses Vorhaben hat den Bau der Sportarena, die wir unter anderen

haushaltrechtlichen Vorzeichen sicherlich begrüßt hätten, geradezu erst notwendig gemacht.
Sie wissen wovon ich rede, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es geht um den Bau einer neuen vierzügigen Gesamtschule.
Ich möchte an dieser Stelle noch einmal grundsätzlich betonen: Die UWG – spricht sich weiterhin für eine Gesamtschule in Würselen aus. Unser Widerstand richtet sich vielmehr gegen den Beschluß zum kompletten Neubau und der daraus resultierenden Standortfrage. Beide Großprojekte haben erheblichen Einfluß auf einen zukünftig ausgeglichenen Haushalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in puncto Gesamtschule kurz zusammenfassen.
Der Rat der Stadt Würselen beschloß in seiner Sitzung am 29.09.2015 die Investitionsgesamtkosten für das erschlossene Grundstück incl. Außenflächen und Einrichtung auf 28 Mio. Euro zu begrenzen. Dieser Beschluß wurde am 15.06.2016 nochmals bestätigt. Zwischenzeitlich wurde zur Einhaltung dieser Beschlüsse unter anderem die Gesamtflächenzahl der Schule erheblich reduziert.

Die Gesamtkosten bei dem zum Zuge gekommenen Bieter betragen unter Einbeziehung der Transaktionskosten, -trotz der Deckelung auf 28 Mio. Euro, bisher 28,169 Mio. Euro. Festgestellt in der Sitzung des Rates vom 10.10.2017. Man redet sich bei der sehr früh in Kauf zu nehmenden Verteuerung damit heraus, daß die Transaktionskosten <u>nicht</u> Gegenstand der Beschlüsse vom 29.09.2015 und 15.06.2016 waren.
Hier fehlte den Befürwortern des Neubaus aus unserer Sicht einfach der Mut, Verantwortung zu übernehmen, sich der Faktenlage zu stellen und sich spätestens dann von diesem Projekt zu verabschieden.
In der Sitzung des Bildungsausschusses vom 22.02.2018 wurde darüber informiert, daß über die festgelegte Anzahl von 108 Schülern zur Neuanmeldung zum Schuljahr 2018/ 2019 bereits 20 darüberhinausgehende Anmeldungen vorlagen. Das entspricht fast einer gesamten Klassengröße.

Allen 20 Schülern, - darunter 15 Schüler aus Würselen, wurde empfohlen, sich eine andere Schule zu suchen. Wir fragten beim ebenfalls in dieser Sitzung anwesenden stellvertretenden Schulleiter der Gesamtschule nach, ob zukünftig mit einem fünf – statt vierzügigen Bedarf an der neuen Gesamtschule zu rechnen sei. Das wurde eindeutig bejaht.

Es stellt sich also schon jetzt heraus, daß die ursprüngliche Konzeption und das damit verbunden Kostenpaket entweder unseriös oder von fehlender Weitsicht der Handelnden auf den Weg gebracht wurde.

Finanziert wird das Ganze unter den strikten Vorgaben des Stärkungspaktes und der Verschiebung von verschiedene Fördergeldern die für andere wichtige Maßnahmen zur Verfügung standen. Durch dieses Vorgehen verzögern sich viele vorrangige Vorhaben zum Teil erheblich. Zu nennen ist die dringende Ertüchtigung unserer Schulen oder die notwendige Erweiterung des Sportangebotes für die Schüler des Gymnasiums.
In der Opposition hatte und hat die UWG in diesen Fragen leider gegen die übermächtige Mehrheit von SPD, CDU und FDP keinerlei Möglichkeiten, einen anderen Weg herbeizuführen.

Doch es gibt weitere Beschlüsse, deren Kosten mit dem Neubauprojekt der Gesamtschule in direktem Zusammenhang stehen und unserem Haushalt für notwendigere Dinge zur Zeit keinen Spielraum mehr lassen.

Der Abriß der Eisenbahnturnhalle zur Schaffung notwendiger Parkflächen mit Kosten in Höhe ca. 110.00,- Euro gehört sicherlich dazu.
Die zukünftig zu erwartenden Verkehre durch den Schulneubau an dieser Stelle werden teure verkehrslenkend Maßnahmen notwendig machen. Dies wird zu weiteren neubaubedingten Kosten führen. Nicht zu vergessen, die sich schon jetzt abzeichnende, notwendige Erweiterung der Schule von Vier – auf Fünfzügigkeit. Hier sollte man unverzüglich Farbe bekennen, und die Weichen auf entsprechend kostengünstigere Lösungen stellen, als sich auf einen späteren, bei laufendem Schul-

betrieb notwendig werdenden Erweiterungsbau zu orientieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, würden die oben genannten, zusätzlichen Kostenrisiken des Neubaus entsprechend gewertet, würde die beschlossene Grenze von 28 Mio. Euro ein weiteres Mal zu Lasten der Finanzierbarkeit und somit unseres Haushalts erheblich überschritten.
Ein „Geschmäckle“ machte sich breit, als das gleiche Unternehmen, daß schon lange mit der Projektplanung zum Neubau der Gesamtschule beauftragt war, später auch die Kostenermittlung zur Sanierung der Realschule vornehmen sollte. Das Ergebnis: Im ungünstigsten Fall wären Planungs - und Baukosten (inkl. Finanzierung) in Höhe von 31.050.000,- Euro, im günstigsten Fall 27.125.000,- Euro erforderlich gewesen. (Kurzbericht Technikausschuß v. 11.5.2017)

Darüber hinaus wurden einige weitere, haushaltsrelevante Beschlüsse getroffen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hätten sie dem sogenannten integriertem Handlungskonzept, - kurz IHK – Konzept zugestimmt? Bitte urteilen Sie selbst.

Das Gesamtvolumen der damit verbundenen Investitionen liegt bei ca. 11,948 Mio. Euro. 70% der Kosten sollen, - wenn alles gut geht, gefördert werden. Dennoch bleibt für uns, das heißt also für alle Würselener Bürger, ein Eigenanteil von sagenhaften 3,49 Mio. Euro, - zu finanzieren über unseren ausgesprochen wackligen Haushalt. (HH – Entwurf S.9)

Festzuhalten bleibt, - die letzten Fördergelder werden erst nach 2021 fließen. Deswegen muß wieder einiges über andere Töpfe des Haushaltes finanziert werden. Einige Beispiele zum IHK: Für die geplante Umgestaltung des Lindenplatzes werden, trotz fehlender Infrastruktur, wie zum Beispiel Außengastronomie oder ähnliches, Gesamtkosten von ca. 300.000,- Euro eingeplant. (Techn.v.13.12.17)
Für die Aufwertung des Stadtgartens, vor langer Zeit gab es mal Pläne für einen Kirmesplatz dort, hat es sich die politische Mehrheit nicht nehmen lassen, dieses Ansinnen mit Gesamtkosten von ca. 458.000,- finanzieren zu wollen.
(Verändergsl.v.21.02.18)

Für die zukünftige Attraktivitätssteigerung der Kalkhalde sind sogar 1.440 Mio. Euro angesetzt. Wohlgemerkt, es wird zwar mit Fördergeldern gerechnet, aber vieles muß zum Teil aus anderen Töpfen oder über weitere Darlehen vorfinanziert werden. Auch deswegen verschieben sich notwendige Projekte wie die Erweiterung der Turnhalle am Gymnasium oder die zwingend erforderlichen Renovierungsmaßnahmen am Alten Rathaus.

Ich möchte noch einmal kurz auf den Anfang meiner Rede zu sprechen kommen. Hätten wir uns statt einer neuen Sportarena auf die wirklich notwendigen Maßnahmen, unter anderem für Broichweiden, Linden – Neusen oder die Ertüchtigung des Gymnasiums fokussiert, dann hätten wir dadurch Einsparungen von ca. 4,5 Mio. Euro zu verbuchen. Statt dessen werden noch erhebliche Kosten zum Beispiel für Gutachten und weiter verkehrslenkende Maßnahmen auf uns zukommen.

Erst kürzlich wurden wir von Mitarbeitern der Verwaltung darüber informiert, daß an unseren öffentlichen Gebäuden ein gewaltiger Sanierungsstau vorliegt. Nach deren Aussage stehen per Anno ca. 700.000,- Euro für Instandhaltungen und Sanierung zu Verfügung. Der geschätzte Bedarf liegt jedoch bei ca. 2 Mio. Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können nur gemeinsam hoffen, daß die zu erwartende Kostenentwicklung, zum Beispiel durch steigende Zinsen für Kredite, höhere Personalkosten, Verteuerungen von Handwerkerleistungen und Materialien, unseren spitz gerechneten Haushalt zukünftig nicht vollends kollabieren läßt.
Das Land NRW hat dem Rat und der Verwaltung der Stadt Würselen im Jahre 2012 im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes auferlegt, den bis dato hochverschuldeten Haushalt der Stadt bis zum Jahr 2021 auszugleichen. Zur Einhaltung der damit verbundenen Vorgaben wurden für den gesamten Planungszeitraum bis 2021 strikte Kontrollmechanismen durch das Ministerium eingebaut. Im Gegenzug werden wir seitens des Landes bis zum Jahr 2020 ca. 20 Mio. erhalten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.
Davon sind bis heute bereits ungefähr 17 Mio. Euro ausgezahlt worden.

(s. Rat v. 17.10.13)

Die Schulden in 2012, bestanden aus Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung, - den sogenannten Kassenkrediten in Höhe von ca. 54.422.965,52 €, und den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 60.183.726,81 €. Die gesamten Schulden für unsere Stadt wiesen somit zu Beginn des Jahres 2012 einen Bestand von ca. 114,5 Mio. Euro aus.

Das Land NRW hat also damals erkannt, daß es uns nicht möglich wäre, unsere Schulden und den Haushalt aus eigener Kraft zu sanieren. Dafür werden wir einmalig mit diesen ca. 20 Mio. Euro unterstützt.

Die einzige Zielsetzung die mit diesen Geldern verbunden wurde lautet:
Der Haushalt ist bis zum Jahre 2021 auszugleichen, notfalls mit entsprechenden Steuererhöhungen in Höhe der ausgewiesenen Defizite. Wir erinnern uns, zur Erreichung dieser Vorgabe mußten bereits in den Jahren 2012 und 2013 Steuererhöhungen wegen verfehlter Haushaltsdisziplin vorgenommen werden.
Vereine und viele andere Nutzer von Sporthallen oder Sportflächen wurden vorübergehend zur Zahlung von Sportstättenbenutzungsgebühren für die Teilsanierung des Haushaltes herangezogen. Langfristig wird man um diese Maßnahmen wegen der vorgenannten Haushaltsbelastungen durch Beschlüsse von SPD, CDU und FDP nicht herumkommen.

Es ist festzuhalten:
Augenscheinlich ist den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung der Stadt Würselen alles daran gelegen, die Vorgaben des Stärkungspaktes einzuhalten, - nach Möglichkeit ohne Steuererhöhungen.
Unter Berücksichtigung der bisher geflossenen Stärkungspaktmittel in Höhe von ca. 17 Mio. Euro betragen unsere Gesamtschulden zur Zeit ca. 83 Mio. Euro, - Stand Februar/ März 2018. (Rat v. 08.3.2018)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir unter diesen Rahmendaten nun noch einmal einen Blick auf die aktuellen Beschlüsse von SPD, CDU und FDP und deren finanzpolitische Auswirkungen richten, bleibt festzuhalten:

Der Darlehensbedarf für die Jahre 2018 – 2021 wird sich deswegen auf 73,072 Mio. Euro erhöhen! (Rat v. 08.3.2018)

Wenn wir den heutigen Schuldenstand hinzuaddieren, dann erreichen wir spätestens im Jahr 2021 die astronomische Schuldensumme von ca. 156 Mio. Euro für konsumtive und investive Belange, - und das für eine Stadt wie Würselen mit ca. 40.000 Einwohnern.

Würden die Zinsen nur um 1% steigen, - damit ist zu rechnen, dann rutscht unser Haushalt sofort um ca. 1,56 Mio. Euro – je Jahr ins Minus. Bei einer deswegen notwendigen Steuererhöhung ergäbe sich eine jährliche Mehrbelastung je Immobilie von ungefähr dem 1,2 – fachen des jeweiligen Einheitswertes.

Nach bisheriger Einschätzung werden die durch das Stärkungspaktgesetz konsequent einzuhaltenden Auflagen des Landes NRW zur ordnungsgemäßen und sparsamen Haushaltsführung entsprechend der Gemeindeordnung für die Stadt Würselen ab den Jahren 2021 und folgende erst einmal auslaufen. Bis dahin wird sich durch nicht mehr zur Verfügung stehende Mittel ein weiteres Finanzloch von ca. 2,4 Mio. aufgetan haben. Mit welchen Maßnahmen dieser Haushaltsausgleich gewährleistet werden kann, - bitte kalkulieren Sie selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die politische Mehrheit hat einmal sehr plakativ festgelegt, daß jeder aber auch jeder Beschluß hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Verpflichtung „Würselen - Stadt der Kinder“ überprüft werden soll. Wir können bei diesem Haushalt und folgende noch nicht ansatzweise erkennen, daß es den Verantwortlichen aus SPD, CDU und FDP in dieser Hinsicht um das Wohl unserer Kinder ernstgemeint ist. Den gewaltigen Schuldenberg und die damit verbundene Handlungsunfähigkeit werden wir ihnen hinterlassen.

Ach, übrigens, zu den bereits erwähnten Haushaltsrisiken gesellt sich ganz kurzfristig noch ein weiterer Kostenblock. Gemeint sind Kosten für Reparaturmaßnahmen und damit verbundene Einnahmeausfälle im Freizeitbad Aquana von zur Zeit ca. 500.000,- Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ich zu Beginn meiner Ausführungen, sagte, ist das Glück mit den Tüchtigen“. Am 27.02.2018 wurden alle von mir bis

hierhin genannten Befürchtungen zum fehlenden Haushaltsausgleich ad absurdum geführt. Einzige Ausnahme sind die realistischen Annahmen für die Jahre nach 2021. Der Kämmerei ist es letztendlich im Schlußspurt gelungen, durch buchhalterische Maßnahmen und glückliche konjunkturelle Umstände, den Haushaltsausgleich bis 2021 gerade noch einmal hinzubekommen. So sollen Brückenbauwerke neu bewertet und damit in den Abschreibungen besser gestellt werden. Die Gewerbesteuereinnahmen wurden neu berechnet. Mit dem Betreiber der zu errichtenden Gasverdichterstation in unserem Stadtwald wurden neue Konzessionen vereinbart. Einige glückliche und nicht vorhersehbare Einflußgrößen zum Haushaltsausgleich.

Ein Haushalt mit verdammt kurzer Halbwertzeit in alle Richtungen. Was zurück bleibt ist der sprichwörtliche Ritt auf Messers Schneide. Zum Schluß gestatten Sie mir ein letztes Beispiel um die kurze Halbwertzeit unseres Haushalts aufzuzeigen.
Am 05.3.2018 erhielten wir eine weitere Sitzungsvorlage mit drei verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten zur Entscheidung. Es geht darin ein weiteres Mal um das integrierte Handlungskonzept, - kurz IHK. Es sollen Entscheidungen zur Sanierung des alten Rathauses, des ehemaligen Bahnhofs und zum Ankauf und Ausbau des ehemaligen Ladenlokals Kaisers am Morlaixplatz getroffen werden. Soweit recht unspektakulär und in Bezug auf das Alte Rathaus und den alten Bahnhof durchaus als notwendig anzusehen. Der Wermutstropfen liegt darin daß, egal welche Variante realisiert wird, Steuererhöhungen sofort mit beschlossen werden. Was würden Sie an unserer Stelle tun?
Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, ich muß an dieser Stelle nicht erwähnen, daß die UWG den ebenfalls im Haushaltsentwurf dargestellten Vorhaben wie der Erweiterung von Kindergärten, zum Beispiel Heidestraße in Bardenberg, sowie allen Maßnahmen in den Bereichen der Kinder, - Jugend – und Familienhilfe, der Schulträgeraufgaben, der sozialen Leistungen, bei Fragen der Kultur und auch der Aufrechterhaltung und Förderung von öffentlichem Grün zur Verbesserung der Wohnqualität, ihre Zustimmung bisher nicht verweigert hat und auch zukünftig nicht verweigern wird.
Wir hätten gerne an vielen Stellen sogar noch mehr getan!
Zum Ende meines Vortrages möchte eine für die UWG wichtige Entscheidungs-

grundlage festhalten:
Voraussetzung für die Zustimmung zu allen Beschlüssen war und bleibt für die UWG, daß jede zu treffenden Entscheidung für Vorhaben ohne eine Erhöhung der Steuern und somit ohne Belastungen für unsere Bürger auskommt. Wir werden unsere Zustimmung ebenfalls verweigern, wenn wir der Meinung sind, daß Sachzusammenhänge verfälscht oder Entscheidungen wegen vorausgegangener Fehlentscheidungen deswegen als notwendig deklariert werden müssen.

In Abwägung aller Sachverhalte zur Entscheidungsfindung für die Verabschiedung dieses Haushaltes 2018 der Stadt Würselen, sind die damit verbunden finanziellen Risiken für uns nicht vertretbar und erst recht unseren Bürgern nicht zuzumuten.

Unter anderem haben eine immer noch boomende Konjunktur und die historisch niedrigen Zinsen in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß wir den Haushalt 2018 so gerade noch ausgeglichen darstellen können.

Die UWG möchte sich haushaltstechnisch, weder heute noch zukünftig, von durch sie nicht zu beeinflussende „glückliche Umstände“ abhängig machen. Damit würden wir allen Würselener Steuerzahlern nicht gerecht werden.
Finanzierungspotential für notwendige Projekte hätten wir in unserem Haushalt genug. Zukünftige, sich bereits jetzt abzeichnende Haushaltsrisiken, wären zum jetzigen Zeitpunkt durch Umkehrung von Beschlüssen ohne weiteres vermeidbar. Die politische Mehrheit ist aber nicht gewillt, einen solchen Weg zu beschreiten.

Wegen des hohen finanziellen Risikos für alle Würselener Bürger werden wir den Haushalt 2018 der Stadt Würselen ablehnen.

An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.
Vielen Dank
Theo Scherberich
Fraktionsvorsitzender der UWG – Würselen
Würselen, den 08.03.2018